

Insolvenzgeld und Lohnsteuer

von Julika Demmer, M.Sc., Essen, & Jana Hoffmann, M.Sc., Essen

Das Insolvenzgeld stellt eine wichtige Komponente bei der Abmilderung der Folgen der Insolvenz des Arbeitgebers für den Arbeitnehmer dar. Insolvenzgeld wird maximal für einen Zeitraum von drei Monaten gewährt und sichert dem Arbeitnehmer damit die Grundlagen für seinen Lebensunterhalt. Gerade im Zusammenhang mit der Insolvenzgeldvorfinanzierung ist das Insolvenzrecht ein wesentlicher Baustein für die erfolgreiche Fortführung von Unternehmen, insbesondere im vorläufigen Insolvenzverfahren.

Der nachstehende Beitrag skizziert die lohnsteuerlichen Besonderheiten beim Insolvenzgeld, insbesondere im Rahmen seiner Vorfinanzierung.

I. Grundlagen der Gewährung von Insolvenzgeld

Das in §§ 165 ff. SGB III geregelte Insolvenzgeld ist eine Versicherungsleistung, die Arbeitnehmern zusteht, die bei einem Insolvenzereignis für die vorausgegangenen drei Monate des Arbeitsverhältnisses noch Ansprüche auf Arbeitsentgelt haben. Insolvenzereignis ist die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers (§ 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB III), die Abweisung des Antrages auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse (§ 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB III) oder die vollständige Beendigung der Betriebstätigkeit im Inland, wenn ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht gestellt worden ist und ein Insolvenzverfahren offensichtlich mangels Masse nicht in Betracht kommt (§ 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 SGB III).

Hinsichtlich eines Rechtsträgers kommt die mehrfache Gewährung von Insolvenzgeld an die Arbeitnehmer in Betracht. Dies setzt ein erneutes Insolvenzereignis voraus, was z.B. vorliegt, wenn der Rechtsträger die Zahlungsfähigkeit in einem Insolvenzplanverfahren wiedererlangt hat und erst



Julika Demmer & Jana Hoffmann

haben an der Universität Duisburg/Essen Betriebswirtschaftslehre und an der FOM Hochschule Wirtschaftspsychologie (Demmer) bzw. Sales Management (Hoffmann) studiert. Sie sind beide Geschäftsführerin der DH Personalsachbearbeitung GmbH und unterstützen Kanzleien insbesondere im Bereich Insolvenzgeld und Vorfinanzierung.

später erneut Zahlungsunfähigkeit eintritt und Insolvenzantrag gestellt wird.¹

Die Möglichkeit der Vorfinanzierung der Arbeitsentgelte setzt gem. § 170 Abs. 4 Satz 2 SGB III voraus, dass Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass durch die Vorfinanzierung der Arbeitsentgelte ein erheblicher Teil der Arbeitsstellen erhalten bleibt. Um eine Prognoseentscheidung treffen zu können, müssen der Bundesagentur für Arbeit Tatsachen mitgeteilt werden, die die Annahme rechtfertigen, dass durch die Vorfinanzierung ein erheblicher Teil der Arbeitsplätze erhalten bleibt. Als Tatsachen können auch Indizien vorgetragen werden, die eine bestimmte Schlussfolgerung überwiegend wahrscheinlich erscheinen lassen, insbesondere Angaben zur Sanierung.²

II. Steuerliche Besonderheiten beim Insolvenzgeld

Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gem. § 19 Abs. 1 Nr. 1 EStG, also insbesondere Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen und andere Bezüge und

¹ So SG Gießen, Urteil vom 15.5.2023 – S 14 AL 4/23, BB 2023, 1593 ff. mit Anm. Schmittmann/Milošević

² So BfA, Fachliche Weisungen, Rz. 170.6

Vorteile für eine Beschäftigung im öffentlichen oder privaten Dienst, unterliegen der Einkommensteuer, sofern sie nicht steuerfrei sind. Steuerfrei sind gem. § 3 Nr. 2b EStG das Insolvenzgeld, Leistungen auf Grund der in §§ 169 und 175 Abs. 2 SGB III genannten Ansprüche sowie Zahlungen des Arbeitgebers an einen Sozialleistungsträger auf Grund des gesetzlichen Forderungsüberganges nach § 115 Abs. 1 SGB X, wenn ein Insolvenzereignis nach § 165 Abs. 1 Satz 2 auch i. V. m. Satz 3 SGB III vorliegt.

Gem. § 8 Abs. 1 EStG gilt das Zuflussprinzip, so dass es nicht darauf ankommt, für welchen Zeitraum Gehalt gezahlt wird, sondern wann das Gehalt dem Arbeitnehmer zufließt.

Das Insolvenzgeld ist zwar gem. § 3 Nr. 2b EStG steuerfrei, unterliegt aber gem. § 32 Abs. 1 Nr. 1a EStG dem Progressionsvorbehalt. Hintergrund des Progressionsvorbehaltes ist, dass die Einkommensteuer sich ab einer bestimmten Höhe des zu versteuernden Einkommens nach einem progressiven Tarif richtet. Der Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit wird dadurch eingehalten, dass auch steuerfreie Einkünfte zur Ermittlung des Steuersatzes herangezogen werden.¹

Die Veranlagung zur Einkommensteuer erfolgt in den Fällen des Progressionsvorbehaltes zwar nur unter Berücksichtigung der steuerpflichtigen Einkünfte, bei diesen jedoch nach der prozentuellen Steuerbelastung, die sich unter der fiktiven Einbeziehung der steuerfreien Einkünfte ergäbe.²

Zahlt der vorläufige Insolvenzverwalter oder der eigenverwaltende Schuldner mit Zustimmung des vorläufigen Sachwalters z.B. im Rahmen einer sog. „rollierenden Insolvenzgeldvorfinanzierung“ offene Arbeitsentgelte, so entfällt dadurch der Anspruch auf Insolvenzgeld für diesen Betrag.³

Die Frage, in welchen Fällen es sich hier um eine Masseverbindlichkeit i. S. v. § 55 Abs. 4 InsO handelt, wird später erörtert.

Die Zahlung von Arbeitsentgelt kommt weiterhin in Betracht, wenn Arbeitnehmer einen Anspruch auf

Arbeitsentgelt haben, der über der für die Rentenversicherung maßgeblichen Beitragsbemessungsgrenze liegt. Die Beitragsbemessungsgrenze beträgt seit dem 1. Januar 2024 in den neuen Bundesländern € 7.450,00 und in den alten Bundesländern € 7.550,00.⁴

Das Bundeskabinett hat am 6. November 2024 die „Sozialversicherungsrechengrößen-Verordnung 2025“ beschlossen. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 22. November 2024 zugestimmt, so dass die am 25. November 2024 verkündete Verordnung zum 1. Januar 2025 in Kraft treten kann. Die Beitragsbemessungsgrenze in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt ab dem 1. Januar 2025 erstmals einheitlich in Deutschland € 8.050,00.⁵

III. Einordnung der Lohnsteuer in das insolvenzrechtliche System

Gem. § 36 Abs. 1 EStG entsteht die Einkommensteuer, soweit in EStG nichts anderes bestimmt ist, mit Ablauf des Veranlagungszeitraumes. Hinsichtlich der Besteuerung von Arbeitnehmern gilt das Steuerabzugsverfahren gem. §§ 38 ff. EStG. Die Lohnsteuer ist somit eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer des Arbeitnehmers. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer gem. § 38 Abs. 1 Satz 1 EStG durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben, sofern der Arbeitslohn von einem inländischen Arbeitgeber gezahlt wird. Schuldner der Lohnsteuer ist gem. § 38 Abs. 2 Satz 1 EStG der Arbeitnehmer. Gem. § 42d Abs. 1 EStG haftet der Arbeitgeber für die Lohnsteuer, die er einzubehalten und abzuführen hat.

Die Lohnsteuer aus der Zeit des Insolvenzeröffnungsverfahrens ist in die insolvenzrechtlichen Kategorien einzuordnen. Das Insolvenzrecht knüpft schon nach dem Wortlaut des § 38 InsO an den eigenständigen insolvenzrechtlichen Begriff der Begründetheit eines Anspruchs an.⁶

Insolvenzforderungen sind nach § 38 InsO Forderungen, die bereits z.Z. der Eröffnung des Insolvenzverfahrens begründet waren. Die Abgrenzung

¹ So *Schmittmann/Demmer*, „Jenseits von Nürnberg“ oder: Sechs Mythen des Insolvenzgeldes, *InsbÜrO* 2023, 422, 424

² So BFH, Urteil vom 9.8.2001 – III R 50/00, BFHE 196, 185 ff. = BStBl. II 2001, 778 ff.

³ So *Hoffmann/Demmer*, Aktuelle lohnsteuerliche Themen in der vorläufigen Eigenverwaltung, Im Schutzschirmverfahren und im Regelinsolvenzverfahren, *StB* 2022, 373, 375

⁴ So *Hoffmann/Demmer*, Aktuelle Entwicklung beim Insolvenzgeld, *InsA* 2/2024, 73, 74

⁵ S. Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2025, BGBl. I 2024, Nr. 365

⁶ Vgl. BFH, Urteil vom 11.4.2024 – IV R 18/21, Rn. 20, BB 2024, 2143 ff. mit Anm. *Schmittmann*; ebenso schon BFH, Urteil vom 24.8.2011 – V R 53/09, BFHE 235, 5 ff. = BStBl. II 2012, 256 ff.

zwischen Insolvenzforderungen und (sonstigen) Masseverbindlichkeiten richtet sich ausschließlich nach dem Zeitpunkt der insolvenzrechtlichen Begründung.¹ Entscheidend ist dabei nach der Rechtsprechung des BFH, ob und wann ein Besteuerungstatbestand nach seiner Art und Höhe tatbestandlich verwirklicht und damit die Steuerforderung insolvenzrechtlich begründet worden ist. Dies richtet sich ausschließlich nach steuerrechtlichen Grundsätzen.²

Für die insolvenzrechtliche Begründung des Einkommensteueranspruchs kommt es deshalb darauf an, ob der einzelne (unselbständige) Besteuerungstatbestand – insbesondere die Erzielung von Einkünften nach § 2 Abs. 1 EStG – vor oder nach Insolvenzeröffnung verwirklicht wurde. Es ist zu prüfen, wann der Tatbestand, an den die Besteuerung knüpft, vollständig verwirklicht ist.³

Bei der Einkommensteuer, die vorwiegend in Form der Lohnsteuer erhoben wird, kommt es auf die tatsächliche Vereinnahmung beim Arbeitnehmer an.⁴

Bei der Vorfinanzierung von Insolvenzgeld fließt dieses bereits zu dem Zeitpunkt zu, in dem der Arbeitnehmer das Entgelt von der Bank erhält.⁵

Die Frage der Einordnung zu Masseverbindlichkeiten i. S. v. § 55 Abs. 1 InsO oder § 55 Abs. 4 InsO ist nur von Relevanz, wenn an sog. „Übersteiger“ Zahlungen erfolgen, um die Differenz zwischen der auf die Beitragsbemessungsgrenze gedeckelten Insolvenzgeldzahlungen und dem tatsächlichen Entgeltanspruch zu kompensieren oder aber eine sog. „rollierende“ Insolvenzgeldvorfinanzierung stattfindet.

Im Hinblick auf das Zuflussprinzip des § 8 EStG ist auf den Zeitpunkt abzustellen, in dem die Auszahlung an den Arbeitnehmer erfolgt.⁶ Dies ist i.d.R. im vorläufigen Insolvenzverfahren, so dass eine Masseverbindlichkeit gem. § 55 Abs. 4 Satz 2 Nr. 4 InsO vorliegt, wenn die Zahlung durch einen vorläufigen Insolvenzverwalter, vom Schuldner mit Zustimmung eines

vorläufigen Insolvenzverwalters oder nach Bestellung eines vorläufigen Sachwalters bezahlt worden ist.

Während des Insolvenzeröffnungsverfahrens handelt es sich allerdings um eine Insolvenzforderung, da aus dem Wortlaut des § 55 Abs. 4 Satz 1 InsO folgt, dass die Steuerverbindlichkeit erst nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens als Masseverbindlichkeit gilt.

Eine Zahlung der Lohnsteuer vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens ist ggf. unter insolvenzanfechtungsrechtlichen Gesichtspunkten, §§ 129 ff. InsO zu prüfen. Zudem kann sich die Zahlung einer Insolvenzforderung durch den eigenverwaltenden Schuldner oder den vorläufigen Insolvenzverwalter als insolvenzzweckwidriges Verhalten darstellen.

In der Praxis wird allerdings häufig, insbesondere im Rahmen der sog. „rollierenden“ Insolvenzgeld-

InsO Provence 2025

10 Stunden Insolvenzrecht in Nizza

Tagen, wo andere Urlaub machen!

3. & 4. Oktober 2025

Aktuelle Rechtsprechung des BGH

RiBGH a.D. Prof. Dr. Pape

Vergütung in Insolvenzverfahren

RiAG Dr. Graeber



Informationen und Anmeldung über
www.AGV-Seminare.de

¹ So *Schmittmann* in: *Schmidt*, InsO – Kommentar, 20. Auflage, München, 2023, Anhang Steuerrecht Rn. 108

² So BFH, Urteil vom 3.8.2016 – X R 25/14, BFH/NV 2017, 317 ff. = NZI 2017, 218 ff. mit Anm. *Schmidt*; BFH, Urteil vom 29.8.2007 – IX R 4/07, BFHE 218, 435 ff. = BStBl. II 2010, 145 ff.; BFH, Urteil vom 16.11.2004 – VII R 75/03, BFHE 208, 296 ff. = BStBl. II 2006, 193 ff.

³ So BFH, Urteil vom 3.8.2016 – X R 25/14, BFH/NV 2017, 317 ff.; BFH, Urteil vom 16. Mai 2013 – IV R 23/11, BStBl. II 2013, 759 ff.

⁴ So *Schmittmann* in: *Schmidt*, InsO, Anhang Steuerrecht, Rn. 108

⁵ So BFH, Urteil vom 1.3.2012 – VI R 4/11, BStBl. II 2012, 596 ff.; OFD Münster, DStR 2013, 811, 812

⁶ S. *Andres* in Römermann, InsO – Kommentar, 49. EL, 2024, § 55 Rn. 42

vorfinanzierung zeitgleich mit den Arbeitsentgelten auch die Lohnsteuer gezahlt. Bei dogmatischer Betrachtung ist dies allerdings nicht zutreffend.

IV. Sonderfälle

Zum Abschluss werden noch einige Sonderfälle, die in der Praxis regelmäßig auftauchen, erörtert.

1. Solidaritätszuschlag

Gem. § 1 Abs. 1 Solidaritätszuschlaggesetz (SolzG 1995) wird zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer ein Solidaritätszuschlag als Ergänzungsabgabe erhoben. Aktuell wird der Solidaritätszuschlag gem. § 3 Abs. 4 EStG nur erhoben, wenn bestimmte Einkommensgrenzen überschritten werden. Dies ist im Einzelfall bei jedem einzelnen Arbeitnehmer zu prüfen.

Der Solidaritätszuschlag ist in § 55 Abs. 4 InsO nicht genannt. Im Schreiben des BMF hinsichtlich Anwendungsfragen zu § 55 Abs. 4 InsO¹ wird lediglich darauf hingewiesen, dass steuerliche Nebenleistungen nicht von § 55 Abs. 4 InsO erfasst werden. Steuerliche Nebenleistungen sind in § 3 Abs. 4 AO im Einzelnen aufgeführt. Die Aufzählung umfasst nicht den Solidaritätszuschlag, so dass davon auszugehen ist, dass dieser nicht unter § 55 Abs. 4 InsO fällt. Dagegen spricht allerdings, dass der Solidaritätszuschlag eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer darstellt und daher wie die Lohnsteuer zu behandeln ist. Konkrete Stellungnahmen zu dieser Frage seitens der Finanzverwaltung sind nicht bekannt. Sofern seitens des Insolvenzverwalters Interesse an einer Klärung besteht, so kann der Insolvenzverwalter die Lohnsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags im Rahmen der Lohnsteueranmeldung (§ 41a EStG) angeben. Um eine Klärung im Wege des Einspruchs- und ggf. Klageverfahrens zu erreichen kann dann gegen die eigene Voranmeldung, die einer Steuerfestsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung gleichsteht (§ 168 AO) Einspruch (§§ 347 ff. AO) eingelegt werden.

2. Kirchensteuer

Die Befugnis zur Kirchensteuergesetzgebung steht nach Maßgabe des Art. 137 Abs. 6 WRV i. V. m. Art. 140 GG den Ländern zu.²

In Nordrhein-Westfalen regelt z.B. das Gesetz über die Erhebung von Kirchensteuern im Land Nordrhein-Westfalen, dass die Vorschriften der Abgabenordnung und des Verwaltungszustellungsgesetzes auf die Kirchensteuer entsprechend Anwendung finden, soweit nicht in diesem Gesetz eine besondere Regelung getroffen ist (§ 8 Abs. 1 KiStG). So sind gem. § 8 Abs. 2 KiStG die Vorschriften über den Verspätungszuschlag sowie die Vorschriften über die Verzinsung und Säumniszuschläge sowie die Straf- und Bußgeldvorschriften nicht anzuwenden.

Für die Entstehung der Steuerschuld bei den Kirchensteuern vom Einkommen, beim allgemeinen und besonderen Kirchgeld gelten gem. § 8 Abs. 3 KiStG die Vorschrift über die Entstehung der Steuerschuld bei der Einkommensteuer.

Auch hieraus ergibt sich allerdings nicht, dass die Kirchensteuer im Fall von Entgeltzahlungen in Insolvenzeröffnungsverfahren zur Masseverbindlichkeit hochgestuft wird. Die Norm des § 8 Abs. 3 KiStG betrifft nur die Frage der Entstehung der Steuerschuld, nicht aber ihre Einordnung in das System von Insolvenzforderungen und Masseverbindlichkeiten.

Somit gelten die Überlegungen hinsichtlich des Solidaritätszuschlags auch für die Kirchensteuer.

3. Fahrzeugüberlassung durch den Arbeitgeber

Zu den Einnahmen gem. § 8 Abs. 1 Satz 1 EStG gehören alle Güter, die in Geld oder Geldeswert bestehen und dem Steuerpflichtigen im Rahmen des Arbeitseinkommens zufließen. Für die private Nutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs zu privaten Fahrten gilt gem. § 8 Abs. 2 Satz 3 EStG § 6 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 EStG entsprechend. Es ist somit die sog. Ein-Prozent-Regelung anzuwenden, sofern keine Besonderheiten gelten.³

Zur Ermittlung der Höhe des Insolvenzgeldes ist gem. Beispiel zu Rn. 167.10 Fachliche Weisungen zunächst

¹ BMF, Schreiben vom 11.1.2022 – IV A 3 – S 0550/21/10001:001, BStBl. I 2022, 166

² So Seer in: Tipke/Lang, Steuerrecht, 25. Auflage, Köln, 2024, Rn. 2.45

³ Vgl. Schmittmann, Förderung der Elektromobilität durch das Steuerrecht, RAW 2023, 41 ff.

die Pkw-Nutzung hinzuzurechnen, bevor Steuern und Sozialversicherungsbeiträge berechnet werden und sodann wieder in Abzug zu bringen. Von Bedeutung ist dies Konstellation lediglich dann, wenn der Bruttolohn oberhalb der Leistungsbemessungsgrenze (LBG) liegt.

Das Beispiel zu Rn. 167.10 der Fachlichen Weisungen stellen die tatsächliche Berechnung sowie die fiktive Berechnung gegenüber. Das Berechnungsbeispiel geht von einer Insolvenzeröffnung am 1. August 2018 aus. Seinerzeit betrug gem. § 3 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2018¹ € 6.500,00.

Die fiktive Berechnung geht daher von einem Bruttobetrag i.H.v. € 6.500,00 aus, so dass kein Abschlag vorzunehmen ist.

Bei einem Bruttobetrag von € 6.800,00 bei einem Höchstbetrag von € 6.500,00 ist das Fahrzeug zunächst hinzuzurechnen und nach der Berechnung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen wieder in Abzug zu bringen.

Die Fachlichen Weisungen regeln in Abschnitt 167.10 folgendes Verfahren: Um feststellen zu können, in welcher Höhe die Ansprüche des Arbeitnehmers, die einen Anspruch auf Insolvenzgeld begründen, unerfüllt geblieben sind, ist folgender Vergleich vorzunehmen:

- Nettowert des unverminderten Arbeitsentgeltanspruchs (auf Grund der tatsächlichen Lohnabrechnung) abzgl. geleisteter Abschlagszahlungen
- Nettowert des fiktiven auf die LBG reduzierten Arbeitsentgeltanspruchs ohne Berücksichtigung von Abschlagszahlungen.

Liegt der Bruttolohn oberhalb der Leistungsbemessungsgrenze, sind somit Konstellationen denkbar, bei denen der Insolvenzgeldanspruch bei der Berechnung mit Abschlag niedriger ist als der Insolvenzgeldanspruch ohne Abschlag. Die Einzelheiten ergeben sich aus den Fachlichen Weisungen.

4. Haftung des vorläufigen Sachwalters

Für die Haftung von Vertretern und Verwaltern gilt §§ 34, 69 AO. Danach haften die in §§ 34 und 35 AO genannten Personen gegenüber der Finanzverwaltung, soweit Ansprüche aus dem Schuldverhältnis (§ 37 AO) in Folge vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung der ihnen auferlegten Pflicht nicht oder nicht rechtzeitig festgesetzt oder erfüllt werden.

Der vorläufige Sachwalter hat i.d.R. keine Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis und ist daher keine Person i. S. d. § 34 Abs. 1 und Abs. 3 AO.²

Ein vorläufiger Sachwalter kann allerdings als Verfügungsberechtigter i.S.v. § 35 AO anzusehen sein, wenn er nach Übernahme der Kassenführung gem. § 275 Abs. 2 InsO auf seinen Namen ein Anderkonto bei der Bank eröffnet und sämtliche eingehenden und ausgehenden Zahlungen des Schuldners über dieses Konto abwickelt.³

Der vorläufige Sachwalter sollte also dringend darauf achten, keine Zahlungen über sein Anderkonto vorzunehmen, um eine Lohnsteuerhaftung im Insolvenzeröffnungsverfahren zu vermeiden.

V. Fazit

Dieser Beitrag hat einen kompakten Überblick über die aktuellen lohnsteuerrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Insolvenzgeld und seiner Vorfinanzierung gegeben. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass das Insolvenzgeld steuerfrei ist, aber im Rahmen des Progressionsvorbehaltes zu berücksichtigen ist.

Wird im vorläufigen Insolvenzverfahren Arbeitsentgelt gezahlt, z.B. an sog. Übersteiger oder im Rahmen einer rollierenden Insolvenzgeldvorfinanzierung sind die allgemeinen einkommensteuerrechtlichen Grundsätze anzuwenden. Erfolgt die Zahlung während des vorläufigen Insolvenzverfahrens, wird der Lohnsteuerbetrag mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Masseverbindlichkeit hochgestuft und ist – sofern keine Masseunzulänglichkeit besteht – aus der Insolvenzmasse zu zahlen.

¹ BGBl. I 2017, S. 3778

² Vgl. Duda/Schmittmann, Steuerstrafrechtliche Risiken in Krise und Insolvenz, 2. Auflage, Frankfurt a. M., 2021, Rn. 129

³ So BFH, Urteil vom 20.2.2024 – VII R 16/21, ZRI 2024, 647 ff. = NZI 2024, 734 ff. mit Anm. Schmittmann